

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

185 (10.8.1951)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1895



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Freitag, den 10. August 1951

Nr. 185

## Plevens Aussichten bessern sich Mittelparteien zur Mitarbeit bereit

Paris (ZSH). Die Radikalsocialistische Partei hat sich mit 73 gegen 28 Stimmen entschlossen, an der von Ministerpräsident René Plevens zu bildenden Regierung teilzunehmen. Hauptgegner dieses Beschlusses war der frühere Justizminister René Mayer, der vor zwei Wochen in der Nationalversammlung bei der Vertrauensfrage durchfiel. Die Radikalsocialisten haben allerdings die Bedingung gestellt, daß sich die Kabinettsminister bei einer wichtigen Abstimmung in der Nationalversammlung neutral verhalten müssen. Ansehend wollen sie damit für eine etwaige Kontroverse in der Schulfrage vorarbeiten. Sie selbst sind gegen eine staatliche Unterstützung der Konfessionsschulen, so daß der Verlust der Stimmen der katholischen Minister etwaige Abstimmung zu ihren Gunsten beeinflussen könnte.

Plevens scheint jedoch diese Bedingung nicht zu schwer zu nehmen. Ansehend glaubt er auch nicht, daß die Volksrepublikaner daran Anstoß nehmen werden, die sich zum Eintritt in Plevens Kabinett bereit erklärt — dessen Aussichten werden nun etwas günstiger beurteilt, nachdem der Sozialistenführer Guy Mollet erklärte, seine Partei werde keine Obstruktionspolitik treiben.

## Hochwasserkatastrophe in den Alpen 25 Todesopfer — Erdbeben in Mittel-Italien

Zürich (UP). Langanhaltende, von schweren Gewittern und Hagelschauern begleitete Regenfälle haben eine Hochwasserkatastrophe verursacht, von der vor allem die schweizerischen Kantone Graubünden und Tessin sowie das angrenzende italienische Gebiet heimgesucht wurden.

Zahlreiche Straßen und Eisenbahnstrecken sind teils durch Hochwasser, zum anderen Teil durch herabgestürzte Gesteinsmassen blockiert. Die Gotthardbahn hat ihren Betrieb eingestellt, auf der Gotthardstraße liegt jeder Verkehr still. Die Eisenbahnverbindungen zwischen den Kantonen Tessin und Graubünden sind ebenfalls unterbrochen. Die Ebene von Castiglione steht rund drei Meter unter Wasser. An der Grenze zwischen der Schweiz und Italien durchbrach der Loverebach die Dämme und zerstörte das italienische Zollhaus sowie das Gebäude des italienischen Automobilklubs. Die Flut ergriß einen mit 19 Reisenden besetzten holländischen Omnibus, der gerade von den Zollbeamten abgefertigt wurde, und schleuderte ihn über einen 80 Meter hohen Abhang hinab. Alle Passagiere konnte jedoch gerettet werden. — Drei Personen, die in zwei Personenzug aus Frankreich an die Grenzstation gekommen waren, sind ertrunken. Im Engadin hat der Inn an drei Stellen die Uferdämme durchbrochen und die Eisenbahnbrücke zwischen Samadana und Pontresina zerstört. Im Gebiet von Alto Lario sind mindestens 19 Personen ums Leben gekommen. Die Orte Domaso und Donno stehen völlig unter Wasser. 16 Personen fanden unter den Trümmern eines großen Wohnhauses von San Stefano, das zusammenbrach, den Tod. Im italienischen Grenzgebiet sollen zahlreiche Wohnhäuser, Bauernhöfe und Fabriken von den Fluten zerstört worden sein. Der Eisenbahnverkehr ist zwischen Italien und der Schweiz vollkommen unterbrochen.

Im Kanton Tessin und in Oberitalien forderie die Hochwasserkatastrophe 25 Todesopfer. Die Sachschäden im Gebiet von Como werden auf eine halbe Milliarde Lire geschätzt. Gleichzeitig ereignete sich in der Gegend der Stadt Teramo in Mittelitalien ein Erdbeben. Das römische Institut für Geophysik teilte dazu mit, daß die Gewalt des Erdbebens etwa ebenso stark war wie die von zehn Atombomben.

## Sorge-Spionage war sehr geschickt Amerikanerin als Sowjetin

Washington (UP). Generalmajor W.L. Loughby sagte vor dem Senatsausschuß für innere Sicherheit aus, daß die verstorbene Schriftstellerin Smedley und der britische Journalist Stein Mitglieder des sowjetischen Spionagerings gewesen seien, der unter der Leitung des deutschen Journalisten Sorge gestanden hatte. Der Sorge-Spionagering habe sich nur aus etwa 15 Mitgliedern zusammengesetzt. Er sei eine äußerst geschickte Gruppe gewesen, die 9 Jahre lang erfolgreich arbeitete. Als die amerikanische Armee Japan besetzte und die Gerichtsakten über den „Fall Sorge“ vorfand, habe man eine Untersuchung dieser Angelegenheit beschlossen, weil auch einige amerikanische Staatsbürger darin verwickelt waren. Diese Untersuchung habe zur Ausarbeitung des ersten amerikanischen Berichtes über Sorges Spionagering, der vom Kriegsministerium 1949 veröffentlicht wurde, geführt. Kurz nachher sei Stein aus dem Fernen Osten verschwunden, später jedoch in Frankreich wegen Spionageverdachts verhaftet worden. Stein habe sich zur Zeit der Aufdeckung des Sorge-Spionagerings nicht in Japan befunden. Nach dem Eintreffen der US-Truppen in Japan seien alle politischen Gefangenen entlassen worden, darunter auch Mitglieder der Sorge-Gruppe. Nach diesem Ereignis sei es Klauen, dem Funker Sorges, mit Hilfe der Sowjetbotschaft gelungen, Japan zu verlassen.

## Blücher droht mit Austritt aus Ruhrbehörde

Sämtliche deutschen Wünsche abgelehnt — Ernste Gefahren für die Wirtschaft

Bonn (UP). Vizekanzler Blücher übte vor der Presse in Bonn scharfe Kritik am Beschluß der Ruhrbehörde, den deutschen Antrag auf Senkung der Kohlenexportquote abzulehnen. Gleichzeitig unterstrich Blücher mit Nachdruck, er habe Veranlassung, wegen dieser Haltung der Ruhrbehörde „sehr ernste Überlegungen“ darüber anzustellen, ob er nicht aus der Ruhrbehörde ausscheiden sollte.

Der Vizekanzler warf den anderen Mitgliedern der Ruhrbehörde vor, die tatsächlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht zu berücksichtigen und politische und wirtschaftliche Methoden anzuwenden, die längst der Vergangenheit angehören müßten. Diese starre Haltung der Ruhrbehörde, die auch von der amerikanischen Delegation „eindeutig mitgemacht“ werde — obwohl noch vor wenigen Tagen der Chef des US-Rüstungsamtes, Wilson, in richtiger Erkenntnis der Sachlage die Notwendigkeit unterstrichen habe, der deutschen Wirtschaft ausreichend Kohle zur Verfügung zu stellen — könne die Bundesregierung veranlassen, die Konsequenzen zu ziehen.

Nach Mitteilung des Vizekanzlers stellt der gegen die deutschen Stimmen gefaßte Beschluß der Ruhrbehörde fest, daß wegen der Mehrförderung in Deutschland und wegen der im zweiten Quartal über die Schätzungen hinaus verfügbaren zusätzlichen zwei Millionen Tonnen, sowie angesichts des Kohlenmangels in Europa nach Prüfung aller Dokumente, dem deutschen Antrag, im dritten Quartal die Exportquote von 8,2 auf 5,2 Millionen Tonnen zu senken, nicht entsprochen werden könne.

Das Argument, die Bundesrepublik habe im zweiten Quartal zwei Millionen Tonnen über die Schätzungen hinaus zur Verfügung gehabt, erkannte der Vizekanzler deshalb nicht an, weil „die Herren von der Ruhrbehörde

daran vorbeigehen, daß das Tragische für uns der völlige Verbrauch aller Lagerbestände ist, so daß wir über die Deckung des laufenden Bedarfs hinaus dringend weitere Kohle zur Herstellung wenigstens einiger Lagerbestände benötigen.“ Die ablehnende Haltung der Ruhrbehörde werde zwar den Verteilerplan und insbesondere auch die Hausbrandbeschlüsse der Bundesregierung nicht ändern, nehme ihr aber die Möglichkeit, an vielen Stellen zu helfen, und Engpässe zu überwinden, die zwangsläufig zu Kurzarbeit oder gar zu Stilllegungen führen müßten.

Nach Mitteilung Blüchers hat die Ruhrbehörde auch einen deutschen Kompromißvorschlag, die Senkung der Exportquote angesichts des bereits begonnenen Quartals auf 550 000 bis 600 000 Tonnen zu begrenzen, abgelehnt. Blücher nannte das Verfahren der Ruhrbehörde „sehr schlecht, weil es überhaupt keine Revisionsmöglichkeiten an einer anderen Stelle“ biete.

In der Frage der Verwendung von US-Kohle sprach sich Blücher für einen gemeinsamen Ausgleich der Mehrkosten aus. Es sei jedoch sinnlos, nach dem bisherigen Prinzip weiter zu verfahren, durch das die Bundesrepublik die langen Frachtwegen für amerikanische Kohle habe, während sie ihre eigene Kohle per Achse in andere Länder verschicken müsse.

## Erstes Echo aus Paris

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums erwiderte auf die Erklärungen des Vizekanzlers: „Wir sehen ein, daß die Kohlenfrage nur sehr schwer zu lösen ist, aber wir glauben, daß der bessere Weg für die Lösung darin liegt, mit der Ruhrbehörde zusammenzuarbeiten, anstatt aus ihr auszutreten. Wir glauben nicht, daß die von Vizekanzler Blücher eingenommene Haltung gerechtfertigt ist.“ Falls er seine Drohung verwirklichte, könne sich die internationale Lage Westdeutschlands „verschärfen“.

## Adenauer und Fette sind befriedigt

Zusammenwirken im Interesse des Volkes — Weitere Verhandlungen in Bonn

Bonn (ZSH). Ein Bericht über das bisherige Ergebnis der Vertragsverhandlungen zur Abklärung des Besatzungsstatuts wurde jetzt von der Hohen Kommission an die Regierungen der drei Westmächte weitergeleitet. An seiner Abfassung haben die Vertreter der Bundesregierung nicht mitgewirkt. In dem Bericht sind die Punkte aufgeführt, in denen bei den Vorverhandlungen mit der deutschen Delegation Einigung erzielt werden konnte, und diejenigen Probleme aufgeführt, bei denen noch kein Einverständnis herrscht. Abweichende deutsche Ansichten sind wiedergegeben und mit entsprechenden Kommentaren versehen.

Die Regierungen der drei Westmächte werden jetzt in einen Meinungsaustausch über diesen Sachverständigenbericht eintreten. Es wird angenommen, daß die vorgesehene Außenminister-Konferenz über Deutschland in Washington im nächsten Monat bereits eine weitere Behandlung des gesamten Komplexes vornimmt.

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums gab hierzu bekannt, der Bericht über die Änderung des Besatzungsstatuts empfehle eine „geringe Einschränkung“ der deutschen Souveränität. Diese sei in der fortwährenden Anwesenheit der Westmächte in Deutschland, der tatsächlichen Teilung des Landes und der Unmöglichkeit zu sehen, daß jede der Mächte einen endgültigen Friedensvertrag mit Deutschland abschliesse.

Nach Angaben des Pariser Sprechers sollen an die Stelle der Hohen Kommission Botschafter treten, die einen Drei-Mächte-Rat bilden sollen, um Fragen zu behandeln, die

ausschließlich im Interesse aller drei Staaten liegen. Jeder Botschafter soll sich jedoch selbst mit der westdeutschen Regierung in Verbindung setzen, wenn nur ihn interessierende Fragen zur Debatte stehen. Die Truppen der Alliierten in Deutschland würden als „Sicherungsstreitkräfte“ und nicht mehr als „Besatzungstruppen“ angesehen.

## Neue Vorschläge für Interzonenhandel

Die drei Hohen Kommissare und Vizekanzler Blücher beschlossen in einer Besprechung auf dem Petersberg, einen gemischten Sachverständigenausschuß mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge für die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland zu beauftragen. Die Sachverständigen werden bereits am Freitag diese Arbeit aufnehmen, damit die neuen Anregungen schon in Kürze den deutschen Behörden der Sowjetzone zur Weiterleitung an die russischen Besatzungsdienststellen übergeben werden können.

In Kreisen der Alliierten wird betont, daß der neue Vorschlag des Westens nichts an der grundsätzlichen Haltung der Hochkommission und der Bundesregierung ändere. Die Sicherung des freien Warenverkehrs zwischen Westberlin und dem Bundesgebiet bleibe die Voraussetzung für die Wiederaufnahme des Interzonenhandels. Die von den Sachverständigen auszuarbeitende Formel soll einerseits einen freien Warenverkehr für Berlin und die Wiederingangsetzung des Interzonenhandels ermöglichen, auf der anderen Seite aber den Russen ausreichende Garantien für die Unterdrückung des illegalen Interzonenhandels bieten.

## Petersberg-Bericht weitergeleitet

Nur „geringe Einschränkung“ der deutschen Souveränität?

Luxemburg (ZSH). Die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Delegation des Gewerkschaftsbundes auf dem Bürgenstock wurden mit der Veröffentlichung eines Kommuniqués beendet, in dem mitgeteilt wurde, daß die Gespräche in Bonn fortgesetzt und abgeschlossen werden sollen.

Der Bundeskanzler erklärte nach der Konferenz, er habe keinen Grund, mit ihren Ergebnissen nicht zufrieden zu sein. Der DGB-Vorsitzende Fette sagte: „Die Reise auf den Bürgenstock hat sich gelohnt. Ich fühle befriedigt nach Düsseldorf zurück.“

In dem Kommuniqué heißt es: „Die Verhandlungen waren auf beiden Seiten getragen vom Geiste der Aufrichtigkeit und von der gemeinsamen Überzeugung, daß das Lebensinteresse des deutschen Volkes ein Zusammenwirken dringend verlangt.“

Ein wesentlicher Punkt der Besprechungen sei die Neuordnung der Grundstoffindustrien gewesen. Insbesondere seien die Möglichkeiten erörtert worden, die ein gutes Zusammenwirken zwischen der Bundesregierung und

dem DGB gewährleisten. Viele Fragen, welche die Interessen der Arbeitnehmerschaft betreffen und die sich bei der Durchführung der Gesetze über die Mitbestimmung bei Kohle und Eisen ergeben, seien eingehend erörtert worden.

In Bonner Regierungskreisen wurde das Kommuniqué allgemein als ein Beweis dafür angesehen, daß sich trotz des scharf formulierten Beschlusses des DGB-Vorstandes über die Zurückziehung der DGB-Vertreter aus den Wirtschaftsgremien eine gemeinsame Basis für eine weitere Zusammenarbeit finden lasse und diese bei einem Teil der Probleme auf dem Bürgenstock sogar bereits vereinbart worden sei.

Fette erklärte nach seiner Ankunft auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen, er und seine Freunde hätten in insgesamt zwölfstündigen Verhandlungen mit dem Bundeskanzler Gelegenheit gehabt, sämtliche die Gewerkschafts- und Arbeitnehmer-Interessen angehenden Probleme zu besprechen. Die abschließenden Verhandlungen in Bonn seien für die zweite Augusthälfte zu erwarten.

## Krise in der Papierversorgung

Was wäre der heutige moderne Mensch mit all seinen technischen Errungenschaften ohne den wertvollen Rohstoff Papier? Vergewaltigen wir uns einmal den katastrophalen Zustand, wenn plötzlich das Papier ausginge: Neben dem technischen, kaufmännischen Personal der Verlage, neben den Journalisten der Zeitungen, den Schriftstellern und Herausgebern wertvoller Druckereierzeugnisse wäre auch noch das weit größere Heer der Beamten und Angestellten nicht in der Lage, eine Tätigkeit auszuüben. Der Lehrer in der Schule wäre außerstande, seinen Schülern ein Schulzeugnis zu geben, der Liebende nicht in der Lage, seine Liebeschwüre auf rosa Papier seiner Angebeteten zu offenbaren, der Richter wäre unfähig, sein Urteil zu dokumentieren und das Finanzamt außerstande, säumige Steuerzahler zu mahnen.

Wir leben eben in einem Zeitalter, in dem das Papier als Rohstoff die größte Rolle spielt. Welches wertvolle kulturelle und historische Gut verwahren wir allein schon in den Bibliotheken und Archiven. Der Papierverbrauch ist das Barometer der Zivilisation. Vor dem Kriege beanspruchte jeder Deutsche jährlich 47,8 kg Papier und Pappe; heute muß sich — da die Papierproduktion noch lange nicht den Bedarf befriedigt — der westliche Bundesbürger mit 32,3 kg jährlich zufriedengeben.

Eine der wichtigsten Rollen im öffentlichen Leben spielt die Presse, die bekanntlich jeden Staatsbürger über die Ereignisse in der Welt informiert. Mit großen Opfern wurde nach dem Kriege die deutsche Presse wieder aufgebaut, obwohl in den ersten Jahren die Papierknappheit die größte Schwierigkeit machte. Diese Knappheit konnte bisher nie völlig behoben werden. Die Presse kommt sogar erneut mit der Einschränkung der Kohlenlieferungen in einen Engpaß. Trotzdem die westdeutschen Verlegerverbände seit Auftreten der Kohlenknappheit vor sieben Monaten schon alles versucht, um die Herstellung des Zeitungsdruckpapiers sicherzustellen, wurde die Kohlenzuteilung an die Zellstoff- und Papierindustrie im Monat Juli um 45 Prozent der Juni-Richtmenge gekürzt. Was das für die Presse bedeutet, kann sich jeder errechnen. Alle bisherigen Vorstellungen beim Bundeswirtschaftsministerium haben zu keinem Erfolg geführt. Zusätzlich versuchten nun die Verleger, durch ein neu eingerichtetes Referat „Zeitungsdruckpapier“, bei der Bundesstelle für Warenverkehr in Frankfurt eine fühlbare Erleichterung in der Zeitungsdruckpapierbeschaffung zu erreichen; ob es gelingt, ist noch eine andere Frage.

Die Kohlenförderung im Bundesgebiet hat in den letzten Monaten keine günstige Entwicklung durchgemacht. Nach den letzten statistischen Feststellungen über die Förderung der Kohle im Steinkohlenbergbau wurden im Juli 9,61 Millionen Tonnen gegenüber 10,04 Millionen Tonnen im Juni trotz zusätzlichen Sonderprämien gefördert, so daß die arbeitsmäßige Förderleistung von 386 200 Tonnen im Juni auf 377 300 Tonnen im Juli zurückging. Die Kohlenvorräte des Bundesgebietes waren seit 1946 niemals so niedrig wie gegenwärtig. Der Rückgang der verfügbaren Kohlenmenge für die deutsche Wirtschaft ist nicht aufhaltbar, trotz der Einfuhr von etwa 500 000 Tonnen teurer amerikanischer Kohlen pro Monat.

Es ist natürlich, daß bei der gegenwärtigen Lage alle Mittel angewendet werden müssen, um durch den Engpaß der Papierknappheit hindurchzukommen. Das nächstliegende ist die Erfassung des Altpapiers, denn dieses benötigt zur Verarbeitung nicht die Kohlenmenge wie die Zellstoffneuerstellung. Vor kurzem wurde mit Unterstützung staatlicher Stellen der „Verein zur Förderung des Altpapieraufkommens“ in Frankfurt gegründet, der die Erfassung von Altpapier im Bundesgebiet intensivieren soll. 1950 wurden 48 000 Tonnen aus dem Ausland eingeführt, wofür 14,2 Millionen DM an Devisen ausgegeben werden mußten. In Millionen von Haushaltungen wird täglich Papier achtlos fortgeworfen oder vernichtet. Bei einem Papierverbrauch von jährlich 32,2 kg je Kopf der Bevölkerung, betrug das Altpapieraufkommen im Bundesgebiet im letzten Jahr nur 8,4 kg. Das reiche Land der USA bringt bei einem Papierverbrauch von 162,5 kg sogar 63,4 kg pro Kopf Altpapier zusammen und gibt uns damit ein lehrreiches Beispiel.

Es ist klar, daß wir durch die Altpapier-sammlung nur eine beschränkte Abhilfe schaffen können. Wichtiger ist, daß das Bundeswirtschaftsministerium mehr Verständnis für die Bedeutung der Presse in der Öffentlichkeit aufbringt und die Zuteilungsquote an Kohle für die Papier- und Zellstoffindustrie revidiert. Wenn andererseits den Papierfabri-

ken zugemutet wird, zusätzlich zu ihren Kontingenten die viel zu teure Importkohle zu verwenden, oder die Zeitungen gezwungen sind, das kostspielige Auslandspapier durch ihre Maschinen laufen zu lassen, dann tritt dadurch eine Steigerung der Gesteuerpreise ein, welche die üblichen Kalkulationen illusorisch macht. Man sollte jedoch meinen, daß den verantwortlichen Stellen in Bonn daran gelegen sein sollte, durch eine aktionsfähige freie Presse und eine möglichst umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Tagesprobleme unserer Zeit, einen der wichtigsten Faktoren demokratischen Lebens zu erhalten.

Letzten Endes jedoch muß auch an dem Versprechen festgehalten werden, das Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard am 10. Januar 1951 den Vertretern der deutschen Verlegerverbände gegeben hat: „Die Regierung wird den deutschen Herstellern von Zeitungsdruckpapieren so viel Kohle und Rohstoffe bevorzugt beschaffen, daß die jeweils betriebsbereite Kapazität möglichst voll ausgelastet bleiben kann.“ Die Krise im deutschen Pressewesen geht gegenwärtig unbestreitbar einem Höhepunkt entgegen, da bereits die Produktionsmenge an Zeitungsdruckpapier um 25 Prozent reduziert und für die kommenden Monate eine weitere Einschränkung ins Auge gefaßt worden ist. Es wäre zu wünschen, wenn das Wirtschaftsministerium diese Notlage durch geeignete Maßnahmen bannet, denn nur durch sie allein kann nach all dem Ausgeführten eine fühlbare Abhilfe geschaffen werden.

**45 000 in Westberlin bewirtet**

**Aufmarsch zum „Tag der jungen Mädchen“**  
 Berlin (UP). In Achterreihen marschierten 5000 Mädchen in bunten Trachten zur Freilichtbühne Friedrichshain, um bei den Weltfestspielen den „Tag der jungen Mädchen“ zu feiern. Im Gegensatz zur großen Eröffnungsdemonstration war diesmal nur ein Stalinhilf zu sehen. Es wurde von den jungen Kommunistinnen aus der Sowjetzone getragen. Goldene „Friedensmedaillen“ wurden an zehn der „aktivsten jungen Friedenskämpferinnen“ aus verschiedenen Ländern verliehen. Später begab sich eine Abordnung zum sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, um dort Kränze niederzulegen.

Bisher haben 437 jugendliche Teilnehmer an den kommunistischen „Weltfestspielen“ in Westberlin um Asyl gebeten. An einem Tag wurden in Westberliner Jugendheimen 45 000 Besucher aus dem Osten bewirtet. Die Rot-Kreuz-Organisationen in Luxemburg, Holland und Belgien haben dem Deutschen Roten Kreuz fünf Tonnen holländische Lebensmittel zur Beköstigung von Teilnehmern an den kommunistischen Weltfestspielen durch die Westberliner Freitisch-Aktion angekündigt.

Die illegalen Grenzüberschreitungsversuche haben wieder zugenommen. Im Salzgittergebiet sind rund 400 auf dem Wege zu den „Weltjugendfestspielen“ befindliche jugendliche festgenommen und zurücktransportiert worden. Weitere 120 Personen wurden an der Zonengrenze bei Helmstedt im Südharz aufgegriffen.

Der regierende Bürgermeister Reuter und Sprecher politischer Flüchtlingsorganisationen aus den Ostblockstaaten sprachen auf einer stark besuchten Kundgebung, an der auch mehrere FDJler teilnahmen. Redner aus Rußland, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien schlossen sich Reuters Forderung nach Überwindung politischer Vorurteile, und nationaler Engstirnigkeit an.

Die sowjetischen Behörden in Berlin haben nach einer Mitteilung des Berliner Senats nur 83 Warenbegleitscheine, von 821 eingereichten, zurückgegeben.

**Kammer-Mehrheit für de Gasperi**  
 Kein deutsch-italienischer Geheimvertrag  
 Rom (UP). Die italienische Abgeordnetenkammer sprach Ministerpräsident de Gasperi mit 291 gegen 173 Stimmen das Vertrauen aus. Von den 574 Abgeordneten waren bei der Abstimmung 508 anwesend. Davon enthielten sich 42 der Stimme, so daß de Gasperi nur 234 Stimmen für die einfache Mehrheit benötigte. Die Kammer vertagte sich sofort nach der Abstimmung für die Sommerferien. Das Parlament wird Mitte September erstmals wieder zusammentreten.

In der vorausgegangenen Debatte wies de Gasperi entschlossen die Forderung der Kommunisten auf Abhaltung von Neuwahlen zurück. Andererseits forderte er die Liberalen und Rechtssozialisten auf, wieder mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die beiden Parteien hatten ihre Vertreter im letzten Jahr mit der Begründung aus der Regierung zurückgezogen, de Gasperi habe sie bei Kabinettsentscheidungen übergangen.

De Gasperi nahm auch die Gelegenheit wahr, Berichte über einen angeblichen deutsch-italienischen „Geheimvertrag“ zu dementieren, der anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers in Rom abgeschlossen worden sein sollte.

**„Spionage“-Prozeß in Bukarest**  
 Budapest (UP). Acht prominente Rumänen, unter ihnen ein General der Luftstreitkräfte, mußten sich wegen Hoch- und Landesverrats vor einem Gericht in Bukarest verantworten. Alle Angeklagten haben sich in den vorausgegangenen Verhören schuldig bekannt. Der Hauptangeklagte Romanescu, der bis zu seiner Verhaftung vor einem Jahr, als Generalmajor einer der führenden Offiziere der rumänischen Luftstreitkräfte war, soll bei Beginn der Verhandlung zugegeben haben, Hochverrat und Spionage getrieben zu haben. Romanescu wird vorgeworfen, offizielle Dokumente aus dem Hauptquartier der Luftstreitkräfte in die britische Gesandtschaft verbracht und die entwendeten Papiere durch Kopien ersetzt zu haben.

**Begrenzung der US-Truppen in Europa abgelehnt**

Truman will weiter mit Moskau korrespondieren - Ceh Harriman nach Kairo?

Washington (UP). Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einen neuen Antrag, wonach die Erhöhung der in Europa stehenden Truppen über die vorgesehene sechs Divisionen hinaus nur mit vorheriger Genehmigung des Kongresses zulässig sein soll, mit 131 gegen 84 Stimmen abgelehnt.

Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage über die Bewilligung von 56 Milliarden Dollar für die Verteidigung mit 348 gegen 2 Stimmen gebilligt. Es handelt sich um das größte Verteidigungsbudget, das jemals in Friedenszeiten in den USA angenommen wurde.

Präsident Truman erklärte auf seiner üblichen Pressekonferenz, er werde weiter mit hohen sowjetischen Persönlichkeiten korrespondieren in der Hoffnung, daß der Meinungsaustausch der Entspannung der Weltlage und dem internationalen Frieden diene. Denn die Erhaltung des Friedens, sagte Truman, ist keine Unmöglichkeit. Der Präsident verlas dazu eine formelle Erklärung, in der es heißt, die sowjetische Antwort auf seinen Brief sei insofern unrichtig, als die sowjetische Regierung behaupte, sie lege dem freien Meinungsaustausch zwischen dem russischen und anderen Völkern kein Hindernis in den Weg. Er sei gespannt, ob die Sowjetunion eine wahre internationale Aufrichtigkeit zeigen werde.

Solche Beteuerungen hätten sich jedenfalls in der Vergangenheit nicht bewährt. Als Beispiel nannte er die Einschränkung des Reiseverkehrs, die von der sowjetischen Regierung gegen Ausländer verhängt worden sei, und die Hindernisse für den Austausch von Nachrichten.

Zur Suezkanalfrage erklärte Truman, er sei bereit, seinen Sonderberater Harriman, der zur Zeit in Teheran weil, nach Ägypten zu schicken, falls Harrimans Anwesenheit dort von Nutzen sein könnte.

Truman äußerte ferner, er glaube nicht, daß General Eisenhower ein Präsidentschaftskandidat für die demokratische Liste sei. Zur Nominierung auf der republikanischen Liste könne er, Truman, ihm ja nicht gut verhehlen. Sein persönlicher Tip für die republikanische Liste sei aber Senator Taft.

Die Konferenz der Außenminister der USA, Großbritannien und Frankreichs soll, wie United Press von einem Diplomaten erfährt, am 10. September in Washington beginnen. Diese Konferenz soll drei bis vier Tage dauern und u. a. die Fortschritte zur Errichtung einer westdeutschen Armee überprüfen. Dieser Zusammenkunft soll die Vorkonferenz der Atlantikpakt-Mächte in Ottawa am 15. September folgen. Die eigentliche Konferenz wird dann am 15. Oktober in Rom eröffnet.

**Ridgway läßt die Roten warten**

Trotz Garantie für Kaesong - Erneute Verletzungen der Abmachungen?

Seoul (UP). Das UN-Oberkommando hat sich noch nicht zur Botschaft der Kommunisten geäußert, in der sich diese für die unverzügliche Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen in Kaesong ausgesprochen haben. Die Kommunisten haben den Alliierten am Donnerstag zwei Botschaften übermittelt:

1. Die Oberbefehlshaber der nordkoreanischen und der chinesischen Truppen stellen in einer an General Ridgway gerichteten Erklärung fest, daß sie bereits in einer früheren Erklärung die Neutralität des Konferenzortes Kaesong garantiert hätten. Sie forderten die unverzügliche Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen.
2. Der kommunistische Chefdelegierte General Nam Il übermittelte einen scharfen Protest gegen den Angriff von zwei US-Flugzeugen auf ein Versorgungsfahrzeug der Waffenstillstandsdelegation.

Während General Ridgway auf die Botschaft der kommunistischen Oberbefehlshaber noch nicht geantwortet hat, wies Vizeadmiral Joy, den kommunistischen Protest als gegenstandslos zurück, wobei er betonte, daß die Kommunisten möglicherweise die Neutralitätskennzeichen mißbraucht hätten.

Aus dem Hauptquartier der 8. Armee wird bekannt, daß die chinesischen Kommunisten die Stadt Pyongang, den nördlichen Eckpfeiler des ehemaligen „Eisernen Dreiecks“ im mittleren Frontabschnitt zum zweiten Male kampflos geräumt haben. Stodtruppe, die am Donnerstag in Pyonggang einrückten, fanden keinen kommunistischen Soldaten vor. Im Westen von Chorwon wurde ein kommunistischer Angriff abgeschlagen. Wegen starker Regenfälle war die Tätigkeit der Luftstreitkräfte äußerst geringfügig.

**Gleiche Anteile am Ölvertrieb**

**Briten und Iraner suchen einen Kompromiß**  
 Teheran (UP). Den iranischen Delegierten bei der Teheraner Ölkonferenz berichtete der Staatssekretär im britischen Brennstoffministerium, Sir Donald Ferguson, über die Erfahrungen Englands bei der Verstaatlichung von Industrien. Die iranischen Unterhändler begaben sich anschließend zu Ministerpräsident Mossadegh. Senator Daffari sagte nach der Sitzung: „Die Erklärungen Fergusons sind auf die Verstaatlichung der Ölindustrie im Iran nicht anwendbar.“

Der Nationalitätenführer, Hussein Makki, erklärte in Abadan: „Wenn die Briten glauben, daß sie in der Erdölindustrie eine Rolle spielen werden, so müssen sie sich.“ Mossadegh mißte sich an die Bestimmungen des Verstaatlichungsgesetzes halten. Gleichzeitig richtete er scharfe Anklagen gegen die britischen Kapitalisten, die jetzt versuchen, die Regierung Mossadegh zu stürzen. „Wenn wir Erfolg haben, werden wir einen Krieg vermeiden und die Sicherheit im Mittleren Osten gewährleisten“ sagte Makki. Ein iranischer Abgeordneter gab bekannt, daß zur Zeit über die Schaffung einer vereinigten Erdölver-

tragsgesellschaft verhandelt werde, an der beide Staaten zu je 50 Prozent beteiligt werden sollen. Die iranische Erdölmission sei nun ermächtigt worden, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Ein weiteres Besprechungsthema bilde die Höhe der Entschädigung für die Anglo-Iranische Ölgesellschaft.

Der iranische Erziehungsminister, Sanjabi, teilte mit, daß ein Unterausschuß eingesetzt werde, um zu klären, wie die Tankerkapläne das von ihnen übernommene Öl in Zukunft bezahlen sollen.

**Nehru lehnt Truppenrückzug ab**

**Erste allgemeine Wahlen in Indien**  
 Neu Delhi (UP). Der indische Ministerpräsident Nehru, der anlässlich einer Massenversammlung zu Ehren Gandhis sprach, lehnte es ab, die indischen Truppen von der Grenze Kaschmirs zurückzuziehen, solange in Pakistan „das Geschrei nach einem heiligen Krieg“ andauere. Nehru betonte erneut, daß jeder Angriff Pakistans auf Kaschmir einen Krieg auslösen werde.

Der indische Justizminister Ambedkar gab im Parlament bekannt, daß die ersten allgemeinen Wahlen im Januar nächsten Jahres stattfinden sollen. Sie werden sich über etwa drei Wochen hinziehen. Wahlberechtigt werden etwa 118 Millionen Inder sein.

**Ägypten wendet sich an Araber-Liga**

**Wegen etwaiger Beschlüsse des Sicherheitsrats**  
 Kairo (UP). Der ägyptische Außenminister Mohammed Salah el Din Pascha hatte eine lange Unterredung mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga Abdel Rahman Assam Pascha. Gegenstand der Beratung war die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion der arabischen Staaten in der Suez-Kanal-Frage. Dazu verleiht aus zuverlässiger Quelle, daß Ägypten einen Rückhalt bei den übrigen Mitgliedstaaten der Arabischen Liga sucht für den Fall, daß der Sicherheitsrat einen Beschluß zur Aufhebung der Kontrolle des Suezkanals durch Ägypten faßt. Salah el Din hatte auch eine Unterredung mit dem irakischen Gesandten in Kairo.

Die Delegierten der kleineren Staaten im Sicherheitsrat haben mit den Vertretern Ägyptens neue Verhandlungen aufgenommen, um die Frage der Kontrolle des Suez-Kanals auf dem Wege eines Übereinkommens zu lösen.

**Thronfolge in Jordanien ungeklärt**

Genf (UP). Der stellvertretende Ministerpräsident von Jordanien, Said Pascha Mufti, erklärte, daß die Thronfolge offen bleiben werde, bis die Frage geklärt sei, ob der Thronfolger Talal in der Lage ist, die Herrschaft anzutreten. Said Pascha bespricht energisch, daß er nach Genf gekommen sei, um über eine Abdankung Talals zugunsten seines Sohnes Hussein zu verhandeln. Nach Ansicht der Arzie sei es nicht möglich zu sagen, ob Talal das Senatorium verlassen könne.

**Keine Seeschlacht in Geiseltage**

Niemand braucht künstlichen Nebel - Bayerns Filmstadt vor dem Ruin

Vorläufig zieht der Pförtner in Geiseltage noch immer seine Mütze mit der Aufschrift „Bavaria-Filmkunst“, wenn ein Besucher das Gelände betritt. Wer weiß, wie lange noch ... denn von den ursprünglich 1900 Angestellten der „Bavaria-Filmkunst“, der das Gelände in Geiseltage gehört, wurde seit März dieses Jahres bereits 200 wegen zu geringer Aufträge der Filmstadt gekündigt. „Wenn das so weiter geht, werden wir weiteren Leuten kündigen müssen“, ist die Ansicht der Pressestellenleiterin der „Bavaria“, Frau Beyfuß.

Nur die Kantine hat Betriebs-  
 Um die verzweifelte Lage der Filmschaffenden in der Öffentlichkeit bekanntzumachen, haben die Verbände der Filmschaffenden eine Notkundgebung einberufen. Diese gab in den leeren Hallen der Bavaria-Filmkunst „ein getreues Bild der verzweifelten

Lage“ und richtete einen „letzten Appell an die verantwortlichen Stellen“.

Nur die Kantine und die Münchener Thomasbräuerei scheinen in Geiseltage ein noch lohnendes Geschäft zu machen. Die übrig gebliebenen Angestellten und Arbeiter langweilen sich dort beim Bier vom frühen Morgen bis in die späte Nacht. Arbeit haben sie nicht. Außer ein paar Synchronisationsarbeiten in den vier Ateliers und Arbeiten an den Wochenschauen ist nichts zu tun. 1950 zum Beispiel wurden in Geiseltage 52 Wochenschauaufnahmen der „Welt im Film“ hergestellt.

„Aber das Synchronisieren eines Spielfilms dauert höchstens acht Tage“, meint Frau Beyfuß. So viel Filme können gar nicht herangebracht werden, um das Filmgelände vor der Arbeitslosigkeit zu retten.

„Gewaltige“ ganz klein  
 Um diese Jahreszeit konnte sich die Ba-

varia-Filmkunst meist vor den Produktionsfirmen nicht retten. Die Produktionsleiter standen schwitzend an den Türen der Gewaltigen von Geiseltage und versuchten einen Termin für den Beginn ihrer Dreharbeiten zu bekommen. Heute stehen die Gewaltigen von Geiseltage schwitzend, aber mit den Händen in den Hosentaschen, vor ihren großen Schreibtischen und warten, daß ein Produzent kommt, der endlich Arbeit bringt.

„Der Schaden, der uns jetzt entsteht, ist nicht abzusehen“, erklären sie. „Ganz abgesehen von den unvermeidbaren Kündigungen.“

Im Vorjahr war um diese Jahreszeit in Geiseltage Hochbetrieb. Heute stehen die acht großen Aufnahmehallen leer. In den Ecken warten die mit verstaubten Tüchern bedeckten elf Tonaufnahmegeräte. Drei davon sind motorisiert. Auch auf dem 370 000 qm großen Außengelände sieht man keine Kamera. 1950 konnte die Bavaria-Filmkunst auf ihrem Gelände 32 Spielfilme fertigstellen. In diesem Jahr sind es vier gewesen, wenn man von den Arbeiten der angeblich verkrachten „Janas-Film-Gesellschaft“ an ihrem umstrittenen Film „Die Dame in Schwarz“ absieht.

Lediglich Peter Ostermayer mit seinen unverwundlichen Kussenschlagern, den Ganghofer-Filmen, blieb der Bavaria in jedem Jahr treu. Er drehte auch in diesem Jahr seinen neuen Ganghofer-Streifen „Die Alm an der Grenze“ nach dem Ganghofer-Roman „Der Besondere“ fertig. Seit er die Halle IV im Juni verlassen hat, ist es totenstill.

**Man wartet auf Staatskredite**

Schulz darn ist wieder einmal Väterchen Staat. „Er gibt keine Ausfallbürgschaften mehr und damit sind auch alle Kreditquellen erschöpft. Mutige Filmproduzenten, die sich zu einer Produktionsgruppe zusammenfinden und Filme auf Biegen und Brechen drehen wollten, erhielten auch keine Staatsbürgschaft.“ Geiseltage, das früher wenigstens „fremde Filme“ betreute, erhält auch auf diesem Gebiet keine Aufträge mehr. 1950 zum Beispiel übernahm sie die Betreuung von sechs Spielfilmen und 100 Kurz-„Kultur- und Werbestreifen.“ Die letzte Reitbahn, die Gründung einer sogenannten Filmbank in Bayern, wird auf die lange Bank geschoben, klagen die Produzenten.

Damit wird Geiseltage, das normalerweise eine jährliche Spielfilmkapazität von 30 bis 35 Streifen hat und außerdem im selben Zeitraum rund 250 Spielfilme synchronisieren kann, weiter leer stehen. Auch die großen zum Gelände gehörenden 21 000 qm umfassenden Nebengebäude, die Musikaufnahmehalle, die Trick-Ateliers, die fünf großen Vorführräume, die zwei kleinen Vorführräume, die sieben „Check-Räume“, die 33 Schneiderräume und die sechs Bassins, in denen manche „Seeschlacht“ geschlagen wurde, bleiben ohne Arbeit. 35 Millionen Meter Film konnte das Geiseltageer Kopierwerk im Jahre leisten. Zwei Misch-Anlagen, Krafterzeugungsanlagen, Krane, Schienenwagen, Windmaschinen und Nebelgeräte stehen still. Sie warten auf die Erschließung der Kreditquellen des Staates.

**Ein Konsortium soll Geiseltage retten**

Auf dem Filmgelände in Geiseltage bei München versammelten sich 2000 Filmschaffende zu einer großen Kundgebung. Der bayerische Arbeitsminister Dr. Ochsle (SPD) teilte ihnen mit, daß versucht werde, ein Konsortium von Banken, Versicherungsgesellschaften und Industriellen für die Filmfinanzierung zu gründen. Der Staat werde auch weiterhin Bürgschaften übernehmen, wenn die absolute Sauberkeit im Finanzgebaren der Filmwirtschaft gewährleistet sei. Dr. Ochsle erklärte, er werde versuchen, die alte Bavaria-Filmgesellschaft wieder ins Leben zu rufen. Er forderte die Produzenten auf, sich zu einer großen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, um dadurch die Zersplitterung der Produktion zu verhindern.

Eine Kruggasquelle wurde bei der ostholändischen Stadt Tubbergen, nur einen Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, angebohrt. Das Erdgas strömt aus einer Tiefe von 1400 Metern.

Luxemburg und El Salvador haben den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt.

Der argentinische Schulkreuzer „Puyrredon“, der als erstes argentinisches Kriegsschiff einen deutschen Hafen anließ, verließ Hamburg in Richtung Amsterdam.

Der neue portugiesische Staatspräsident, General Lopes, wurde vor der Nationalversammlung formell in sein Amt eingeführt.

Die amerikanische Luftwaffe vergibt gegenwärtig Aufträge im Werte von 1,5 Millionen Dollar an die italienische Werkzeugmaschinen-Industrie.

**Das Auge des Gesetzes**  
 „Anzeigen-Soll“ für die Polizei

Die Beamten der Landespolizei München im Fichtelgebirge wurden durch eine Verordnung ihrer Inspektion dazu verpflichtet, monatlich mindestens vier Anzeigen wegen Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung zu erstatten. „Während des Urlaubs eines Beamten hat sich sein Vertreter zu bemühen, dieses Soll für seinen Kollegen zusätzlich mit zu erfüllen“, heißt es wörtlich in der diesbezüglichen Anordnung. Ihre Ursache war ein „Rüffel“ der Chefdienststelle Ansbach für den Münchberger Inspektionsleiter, weil Münchenberg bei gebührenpflichtigen Anzeigen in Ober- und Mittelfranken an letzter Stelle rangierte.

**Gemeinderäte saßen zu lange**

Als kurz nach Mitternacht mehrere Männer das Dorfgeschäus in Oldau bei Celle verließen, wurden sie von einer Polizeistreife angehalten und aufgeschrieben, weil sie die Polizeistunde überschritten hatten. Die Übeltäter waren die Herren Gemeinderäte, die mangels eines Rathauses eine Sitzung im Gasthaus abgehalten hatten und wegen der Bearbeitung einiger dringender Fälle bis nach Mitternacht zusammengelassen waren.

Aus der Stadt Ettlingen

Nur vierzig Liter

Statistiken sind im allgemeinen die langweiligste Lektüre, die man sich denken kann. Sie interessieren günstigstenfalls die einschlägigen Fachleute und sonst niemanden. Heute entdeckte ich jedoch eine Statistik, die deshalb meine Aufmerksamkeit fesselte, weil sie vom „Internationalen Büro gegen Alkoholis- mus“ in Genf herausgegeben wurde. Ich habe zwar beileibe nichts gegen jene Zeitgenossen einzuwenden, die lieber Selterswasser als Bier trinken und den besten Wein stehen lassen, wenn man ihnen Milch serviert. Im Gegen- teil: die Abstinenzler haben sogar recht, wenn sie gegen die Auswüchse des Alkoholismus zu Felde ziehen, denn Betrunkene sind in der Regel üble Erscheinungen gegenüber ihrer Umwelt. Aber für Leute, die mit Maß und Verstand ihr Gläschen trinken, ist der Alko- hol doch eine der erfreulichsten Göttergaben. In der Karikatur des Auslandes gilt das Biertrinken als ein typisches Charakteristi- kum der Deutschen, die man häufig als ver- schoffene Barbaren licherlich zu machen ver- sucht. Wie infam diese Verleumdung ist, hat die oben erwähnte Statistik nachgewiesen, denn aus ihr geht hervor, daß die Deutschen zu den mäßigsten Völkern der Erde gehören. Während bei uns der jährliche Bierkonsum pro Kopf der Bevölkerung 40 Liter beträgt, konsumieren z. B. die Engländer 92 Liter, indes die Belgier mit 135 Litern den Rekord aufstellen. In Australien und Südafrika hält man sich ungefähr an den britischen Durch- schnitt. Die Kanadier brachten es auf 61 Liter und in den USA wurden pro Hals 90 Liter errechnet. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß etwa in England und Nordame- rika außerdem der Schnapsverbrauch viel hö- her ist als in Mitteleuropa. Einen Haken hat natürlich die Genfer Sta- tistik: Ich für meine Person muß z. B. gesteh- en, daß mein jährlicher Durst den arithme- tischen Durchschnitt von 40 Litern um einiges übersteigt (um wieviel, habe ich noch nicht auszurechnen gewagt). Aber Statistiker zäh- len glücklicherweise Kind und Kegel, Ur- ahnen und abstinenten Tanten mit, wenn sie den Gesamtverbrauch durch die Bevölkerungszahl dividieren. Infolgedessen kannst Du, lieber Leser, es Dir genau so wie ich erlauben, den Durchschnitt um einige Gläschen zu über- schürfen. Jodokus

Die Filmstunde im Jugendheim

beginnt am Dienstag, 14. August, 19.00 Uhr. Diesmal läuft der Film „Was bin ich ohne dich“.

Internationales Lager für 10-20-Jährige

Die Internationale Gruppe Karlsruhe hat ihr Sommerlager in das modern ausgestat- tete Jugendheim in Seckach verlegt, das als Dauereinrichtung ein Zelt- und eine Barak- kenanlage besitzt. Seckach liegt im Kreis Buchen im malerischen Odenwald, in der Nähe des Neckartals. Der unermüdete Schirmherr dieses wunderschönen Jugend- lagers ist Pfarrer Magnani (Hettingen).

Da die Lagerleiter und der Stab aus Vertretern dreier Nationen bestehen, will das Lagerprogramm den Teilnehmern ein inter- nationales Erlebnis bieten. Vier Mitglieder der Lagerleitung haben im Ausland studiert. Ausflüge und Wanderungen sollen einen Eindruck von der Schönheit und dem histori- schen Wert des Odenwaldes und des oberen Neckartales vermitteln. Ein Volkswagenbus wird dem Lager zur Verfügung stehen.

Ein Tag im Lager wird ausgefüllt sein mit Leibesübungen am Morgen, am Nachmittag mit Wanderungen und Basteln sowie der Teil- nahme an Diskussions- und Studienruppen. Als Abendunterhaltung werden Filme ge- zeigt, Lagerfeuer abgehalten und Lieder aller Länder gesungen.

Die Altersgruppe von 15 bis 20 Jahren wird in Zelten mit eingelegten Böden wohnen während in der Zeit vom 10. bis 24. August. Die jüngere Gruppe (von 10 bis 14 Jahren) wird während ihrer Lagerzeit vom 24. August bis 7. September in den bestehenden Gebäu- den untergebracht werden.

Wenn noch genügend Anfragen eingehen, wird das Internationale Lager seine vorge- sehene Quote von 50 Jungen und Mädchen je Periode auf ungefähr 70 erweitern. Wer noch teilzunehmen wünscht, wende sich an Frä. Runhilde Strigel, Sekretärin der Internationa- len Gruppe, Karlsruhe, Karlstr. 11, Telefon Karlsruhe 754.

Speditions- und Verkehrsgewerbe

Der neue Rahmentarifvertrag für die Ange- stellten im Speditions- und Verkehrsgewer- be für das Land Württemberg-Baden ist bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Karlsruhe, Kriegsstr. 154, erhältlich.

Bereins-Nachrichten

„Die Naturfreunde“. Heute abend Monats- versammlung um 20 Uhr in der „Krone“.

Luftsportverein Albgau

Das auf den 11. und 12. Aug. geplante große Fliegertreffen auf der Wasserkuppe (Rhön) ist laut Bekanntgabe des Deutschen Aero- Clubs e. V. auf den 25. und 26. Aug. verschob- en worden. Die Veranstaltung findet also in der gleichen Weise 14 Tage später statt. Die geplante Fahrt des Luftsportvereins Albgau zur Wasserkuppe wird aufrecht erhalten. Ab- fahrt am 25. Aug., samstagsmorgens 6 Uhr vor dem Gasthaus zum „Alten Fritz“.

Frankensteiner treffen sich

Alle Bewohner des ehemaligen Kreises Frankenstein in Schlesien, die jetzt in Würt- temberg-Baden eine neue Heimat fanden, vereinigen sich am 11. und 12. August in Göp- pingten in der Gaststätte „Radkeller“ zu einem fröhlichen Wiedersehen. Anmeldungen sind umgehend an die Schriftleitung des „Franken- steiner Heimatbriefes“, (14a) Waiblingen, Badgasse 7, zu übersenden, damit das Pro- gramm übermittelt werden kann.

Was noch für den Wohnungsbau zu tun ist

Die Gemeinderatsdebatte über den Haushaltsplan - Geländeerschließung ermöglicht großzügiges Siedlungsprogramm - Gemeinde sollte mehr Überbrückungskredite geben

Die einstimmige Annahme des städtischen Haushaltsplans durch den Gemeinderat am Mittwochabend hat bewiesen, daß alle Ver- treter der Bürgerschaft gewillt sind, auch in diesem Jahr die dringendsten Aufgaben zu finanzieren. Die Belegung der Wirtschaft hat es ermöglicht, ohne Steuererhöhung bedeu- tend höhere Beträge für städtische Bauvor- haben aller Art bereitzustellen als im Vor- jahr. Meinungsverschiedenheiten ergaben sich nur bei wenigen Einzelposten.

Gemeinderat Glünk fügte seiner grundsätzlichen Zustimmung zum Haushaltsplan noch einige Vorschläge hinzu. Für die West- städtische Schule wäre ein höherer Betrag erwünscht gewesen. Nachbarn in der Thiebauth- schule die Erneuerung der Abortanlage nun- mehr durchgeführt sei, sollte man dort auch die Gänge und das Treppenhaus instandset- zen. Bei den Wahlen seien die bisherigen Stimmbezirke zu groß; bei der Neueinteilung sollten Männer und Frauen statistisch ge- trennt erfaßt werden. Die gesetzlichen Für- sorgeplätze seien heute nicht mehr ausrei- chend. Der Betrag für Wohnungsbau sollte höher sein. Sehr zu begrüßen sei der ge- plante Radfahrweg in der Pforzheimer Straße von der Lutsenbrücke bis zum Walberger we- gen der starken Verkehrszunahme. Zu be- dauern sei, daß die Erhöhung der Müllgebühr abgelehnt worden sei, denn solche Einrich- tungen müßten sich selbst tragen. Nachdem die Kanalisation rechts der Alb gelegt wor- den ist, sollten die Anwohner ihre Häuser anschließen, damit die öffentlichen Kosten sich lohnen. Der Friedhof sei jetzt bedeutend freundlicher gestaltet und besonders anzu- erkennen sei die Neugestaltung der Krieger- gräber in Zusammenarbeit mit dem Volks- bund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Gemeinderat Günzel, der zu vielen Punk- ten anerkennend Stellung nahm, machte Ein- wendungen gegen die Verlegung der Stadt- gärtnerei aus der Walthalden zum Friedhof, weil es nicht zweckmäßig sei, an den Walthal- denpark einen Festplatz anzulegen, der mehr ein „Rummelplatz“ werde. Dem hielt der Bürgermeister entgegen, daß der Park eine Erholungsstätte für viele sein solle. Die Gemeinderäte Günzel und Bauer erklärten nochmals, daß sie dieser Verlegung nicht zustimmen können, die von der Stadtverwal- tung beabsichtigt war, weil dann Friedhofs- verwaltung und Stadtgärtnerei an einer Stelle vereinigt wären.

Der Antrag wurde schließlich gegen 8 Stim- men abgelehnt.

Gemeinderat Bauer bat um Aufklärung zu einer Reihe von Einzelposten. Auf seine Bemerkung, daß bei Verstaatlichung der Polizei die Umlage für die Gemeinde erhöht würde, teilte der Bürgermeister mit, daß im Staatshaushalt keine Gemeindefürsorge für die Landespolizei vorgesehen seien. Auf weite- re Anfragen teilte der Bürgermeister mit, daß die seit zehn Jahren nicht erneuerten Brücken gestrichen werden sollen. Das Stadt- bauamt schafft einen Gerätewagen an, um das Aufschlagen der Bauhütten einzusparen. Für den Markt werden zwei Gerätewagen beschafft, damit die Verkaufsbänke usw. dar- auf in der Nähe aufbewahrt werden können. Im Schlachthof werden zunächst Verwaltungs- raum, Eichraum und Freibank in das bishe- rige Importlager verlegt.

Von der Verwaltung und vom Gemeinderat wurde die starke Belastung durch die gesetz- lich vorgeschriebenen Ausgleichszuschüsse aus der Gewerbesteuer an Wohngemeinden beanstandet. Ettlingen muß für über 2000 Auswärtige, die hier beschäftigt sind, statt 41 000 DM (1950) in diesem Jahr 133 000 DM für solche Gewerbesteuer-Ausgleichszuschüsse an Nachbargemeinden bezahlen.

Beim Polizeietat enthielt sich die SPD der Stimme.

Wie wir schon gestern berichtet haben, kam es vor allem in der Frage „Stadthalle oder Wohnungsbau?“ zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Für die Stadthalle waren im vergangenen Jahr 60 000 DM eingesetzt; im neuen Haushaltsplan wurden weitere 40 000 DM für diesen Zweck vorgeschlagen. Gemeinderat Günzel beantragte, davon nur 10 000 DM für die unumgängliche Dach- reparatur zu verwenden und 30 000 DM dem Wohnungsbau zuzuführen. Auch Gemeinderat Bauer unterstützte diesen Antrag. Erst kom- me der Wohnungsbau, dann die Vermögen- gen. Frau v. Manikowski erklärte, das Fam- ilienleben in einem richtigen Heim sei wich- tiger als allgemeine Feste und der Wohnungs- bau sei sogar noch wichtiger als der Schul- hausbau. Gemeinderat Glünk bezeichnete den Antrag als demagogisch. Lange genug habe man auf Unterhaltung verzichten müssen. Erst solle man die Bevölkerung, besonders die Jugend, für die Mitgliedschaft in den Baugenossenschaften interessieren, um bauen zu können. Bürgermeister Rimmelpacher wies darauf hin, daß neue Wohnungen nicht gebaut werden könnten, solange nicht die Finanzierung durch die Landekreditanstalt sichergestellt sei. Diese habe aber alle Mit- tel für dieses Jahr schon verteilt, so daß im ganzen Landkreis kein Bauprogramm an- laufen könne. Auf die Gründe konnte er in der öffentlichen Sitzung nicht eingehen.

Gemeinderat Göser erklärte, daß vor einem Jahr die städtischen Überbrückungskredite den Ettlinger Baugenossenschaften entsche- dend geholfen haben und daß wir uns auch in diesem für das Notwendigere, nämlich den Wohnungsbau, entscheiden müßten. Der Bür- germeister wies auf das in der Hohewiesen- Siedlung Geleistete hin, dem im nächsten Jahr etwas Gleichwertiges folgen solle. Mit dem umstrittenen Betrag könne man im Wohnungsbau nichts Wesentliches realisieren. Das Wichtigste sei jetzt die ausreichende Ge- ländeerschließung für den Wohnungsbau des nächsten Jahres. Bei der Stadthalle sei zu be- denken, daß die Vereine die Herabsetzung der Benutzungsgebühren wünschen und dies

sei nur durch den Ausbau des Bürgerkellers möglich.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Günzel gegen 8 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen, so daß 30 000 DM für den Woh- nungsbau anstatt für die Stadthalle verwen- det werden.

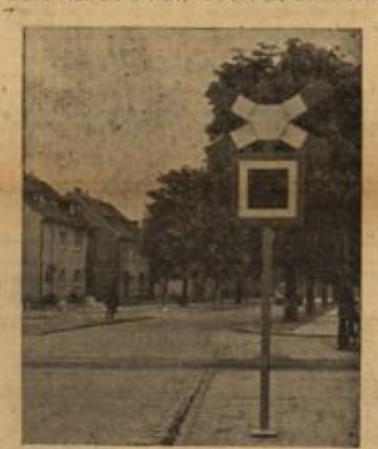
Wer hat recht? Diese Frage ist im vorlie- genden Fall besonders schwer zu entscheiden und doch muß eine Entscheidung getroffen werden. Die Schaffung von Wohnraum für mindestens 500 wohnungssuchende Familien in Ettlingen erfordert eine großzügige Sied- lingsplanung und Bauländerschließung. Die Geländeerschließung durch Umleg- ung, Straßen- und Kanalbau ist deshalb die vordringlichste städtische Aufgabe, die von allen Fraktionen unterstützt werden sollte. Ebenso wichtig aber ist es, sowohl den Bau- genossenschaften wie den vielen privaten Bauwilligen durch Überbrückungskredite zu helfen. Maßgebende Wohnungspolitik sind deshalb der Ansicht, daß neben dem Bund und den Ländern auch die Gemeinden Mittel für den Wohnungsbau bereitstellen sollten. In einer unzerstörten, aber überbe-

Wann werden sie in Ettlingen angebracht?

Warnlicht-Anlagen als Sicherung an Bahnübergängen

30 000 Straßen und Wege aller Art kreuzen höhengleich die Strecken der Deutschen Bun- desbahn. Wären diese Kreuzungen gleich- mäßig auf das gesamte Bundesbahnnetz ver- teilt, dann würde jeder Zug auf seiner Fahrt etwa alle 800 Meter einen Wegübergang in Schienenhöhe antreffen, wie diese höhenlei- chen Kreuzungen in Fachkreisen genannt wer- den. Es ist natürlich, daß bei dieser Häufung die Bundesbahn um eine sichere Verkehrs- regelung an diesen Wegübergängen besonders bemüht ist.

Tausende von Schranken sichern die Zug- fahrten und schützen den Straßenbenutzer vor einem Zusammenstoß mit einem Eisenbahn- fahrzeug. Allein ihre Unterhaltung und Bedie- nung kosten jährlich 46 Millionen DM, an denen sich die Straße, obwohl die Schranken



Diese neue Warnlicht-Anlage fehlt leider noch an versch. Übergängen in Ettlingen

legten Stadt wie Ettlingen mangelt es nicht an Gaststätten- und Veranstaltungsräumen. Erholung und Entspannung sind jedermann zu gönnen, aber sind die allzu häufigen Ge- selligkeiten nicht gerade für die jüngere Generation, von der man mehr Sparsinn und Genossenschaftsgeist erwartet, eine Verlok- ung, mehr Geld auszugeben, anstatt es zu sparen? Wenn das Staatsleben von der Ge- meinde her erneuert werden soll, dann sol- len die Gemeinden auch in der Finanzierung des Wohnungsbau nicht zurückbleiben. War- tet man dagegen nur auf Staatskredite, so wird Gemeindegeld in weniger wichtigen Dingen angelegt und weitere erhebliche Be- träge bleiben liegen anstatt Bauarbeiter zu beschäftigen und Wohnraum zu schaffen. Wir bitten unsere Leser um Stellungnahme hierzu.

Zur Etatsberatung sei noch der Wunsch hinzugefügt, daß das vervielfältigt vorliegen- de Buch wie in anderen Städten schon vor der Sitzung der Öffentlichkeit und der Presse zugänglich gemacht wird, da beim Hören sonst leicht Fehler gemacht werden. Die Offenlage im Rathaus erfolgt bisher erst nach der Genehmigung der Haushaltsatzung durch das Landratsamt.

Der gestern genannte Betrag von 1,7 Mil- lionen DM auf der Einnahmenseite bezieht sich nicht nur auf die Gewerbesteuer, son- dern umfaßt alle Gemeindesteuerein- gänge, also neben Gewerbesteuer auch Grund- steuern usw.

gleichermaßen der Sicherung ihres Verkehrs dienen, nicht beteiligt, und die daher in Zu- kunft in voller Höhe nicht mehr von der Bundesbahn allein, sondern anteilmäßig ge- tragen werden müssen.

Vor etwa zwanzig Jahren wurde eine neue Art der Sicherung der Wegübergänge in der Warnlichtanlage entwickelt, die mit einem roten Blinklicht — daher volkstümlich auch Blinklichtanlage genannt — den Wegüber- gang für den Straßenverkehr während einer Zugfahrt sperrt. Dieses Warnlicht, das bereits aus einer großen Entfernung zu erkennen ist, wird vom Zuge selbst ausgelöst und auch wieder gelöscht. Damit ist menschliches Ver- sagen einer Bedienung ausgeschaltet und gleichzeitig der Vorteil verbunden, daß die Sperrzeit eines Eisenbahnüberganges für den Straßenverkehr auf das für die Durchfüh- rung der Zugfahrt unumgänglich notwendige Maß beschränkt bleibt und die Wartezeiten abgekürzt werden. In diesen Tagen ist die Bundesbahn mit einer neuen Bauart einer derartigen Warnlichtanlage auf der Con- structa-Bauausstellung 1951 in Hannover an die Öffentlichkeit getreten, die zusätzliche Sicherungen für den Fall einer Störung vor- sieht und eine wesentliche Verbesserung und Vereinfachung gegenüber der bisherigen Aus- führung darstellt.

Wo an Bahnstrecken untergeordneter Be- deutung keine Schranken oder Warnlichter vorhanden sind, wird durch hörbare Signale des Zuges oder durch Übersicht auf die Streckengleise dafür gesorgt, daß der Stra- ßenbenutzer einen nahenden Zug rechtzeitig wahrnehmen kann und in die Lage versetzt wird, sicher vor dem Eisenbahnübergang an- zuhalten.

Alle diese Maßnahmen führen jedoch dann nicht zu einem vollen Erfolg, wenn der ein- zeln Straßenbenutzer bei der Überquerung einer Eisenbahnkreuzung es an der notwen- digen Aufmerksamkeit fehlen läßt. Von den 355 Unfällen an Wegübergängen im Jahr 1950 wären 300 zu vermeiden gewesen, wenn die daran beteiligten Straßenbenutzer sich vorschriftsmäßig verhalten hätten.

Dem Alltag abgelauscht

Der Jörg und der Franz trafen sich in der Schöllbronner Straße. Man muß wissen: Jörg ist städtisch gewordener Albgauler vom Berg und Franz blieb seiner dörflichen Heimat treu.

Ah der Franz, rief Jörg, als er seinen Landsmann die Steig herunterkommen sah, wie gehts, wie gehts, lange nicht g'sehn, willst in die Stadt. Warum kommst auch die neue Steig herunter? Früher ist man halt den Stuch und dann die alte Steig runtergewalt.

Ha, ich hab mir gedacht, mußst dir doch einmal wieder die Wilhelmshöh angucken, ich bin weiß Gott wie lang nicht mehr die neue Steig runter, und wenn schon, dann bin ich übers Eck an der Kaiserliche vorbei.

Ja was interessiert denn dich die Wilhelmshöh, frag Jörg?

Ha, ich hab da in letzter Zeit einigemal in der Ettlinger Zeitung über die Wilhelmshöh gelesen und wir haben da halt auch darüber geredet; es ist ja wahr, man muß sich wun- dern, daß da niemand drinn wohnt, wo doch die Wohnungen so rar sind. Jetzt wollt ich doch da einmal vorbei gehen und nach dem Gras schauen, das da wächst, wie neulich in der Zeitung gestanden ist. Ja es stimmt, die Wilhelmshöh wird langsam grün. Soll man lachen oder heulen?

Ja Franz, da könnest du gewöhnliche Sterb- liche nicht mitreden; wir in der Stadt nicht einmal, viel weniger ihr auf dem Land.

Du meinst wir dürfen nicht mitreden. Ich will auch gar nicht. Ich denk halt bloß immer, warum denn da niemand das Recht haben will oder kann, einmal eine Änderung zu schaffen. G'hört denn der Kasten niemand, oder wer hockt denn da drauf. Was hat man da schon g'hört, was alles hineinkommen sollte. Wohnungen, so schlen es, als man drauflos baute im 46. Jahr glaub ich; dann hat man gehört, es soll Krankenhaus werden. Die Buben haben als schon erzählt von dem Leichehäusle, das dort neben dem Stäffle gebaut wird. Vielleicht hat's auch ein Auto- häusle geben sollen. Und dann haben unsere Sportstichtigen erzählt, daß das eine Ange- legenheit der Sportverbände sei. Das ist wahr, schwierig muß das sein, wenn's so lang

braucht; fünf Jahr lang. Der Krieg hat ja nicht viel länger gedauert.

Du schwätzt, Franz, du verkennt die Schwierigkeiten, die sich bei der Behandlung einer solchen Frage zeigen. Denk dir, weiche Gelder nötig sind, um einen solchen Kom- plex, der repräsentativen Charakter hatte, in ein Wohnhaus umzubauen. Ungeheure Sum- men sind da notwendig. Und dann die Eigen- tumsfrage, und die Zweckmäßigkeitfrage, geeignet, nicht geeignet usw. ... weiter hat der Krieg ja so vieles verändert, das von doch einmal Sportschule, Kaserne, Lazarett und so.

Ich weiß, ich weiß, das haben wir ja alles miterlebt. Alle paar Monat bald etwas an- deres; jetzt scheint man endlich das Richtige gefunden zu haben. Man läßt diesen Bau samt dem Jagdhäusle einfach leer stehen.

Sei doch nicht so boshaft Franz; das über- läßt ruhig den Herren, die dafür verantwort- lich sind. Die wissen schon, was sie wollen.

Ha freilich; das muß man wohl den Herren überlassen. Wir meinen halt bloß, daß man zuerst die leeren Häuser, die schon stehen, belegt, bevor man neue baut; d. h. wenn man Geld hat. Aber ich mein, so eine Stadt, die so ein mords Bad bauen kann, hat doch Geld oder wie ist denn das — das Bad ist natürlich recht und gut; ich hätte ja zuerst Wohnungen verschafft für die Leut; die braucht man das ganze Jahr, besonders auch im Winter. Ha also, es soll jeder machen, was er will — mich gehts nichts an, das Bad wird auch wie- der Geld einbringen.

Franz, du mußt modern denken, nicht so vermodert nach Altväterritten. Jede Stadt, die heute mitkommen will, muß solche hygie- nischen Einrichtungen schaffen. Licht, Luft, Wasser!

Ja, ja; aber zuviel Luft tut auch nicht gut. Manchmal ist ein Dach überm Kopf besser. Was mir übrigens Sorge macht, da bei dem Bad, das ist die Verkehrsfrage. Ich will bloß sehen, wie lang das dauert, bis das erste Un- glück passiert. Auto an Auto hat man bei uns erzählt, Radfahrer, Fußgänger, Omnibus, und

dann schleicht die Albtalbahn noch dort hinten vor.

Sei nicht so ängstlich, Franz, die Jugend ist heute fixer wie wir alte waren, da passiert so schnell nichts.

Nichts für ungut. Ich hab noch ein bißchen etwas zu besorgen. Adje Jörg, bleib gesund und ein Gruß daheim.

Wilhelmshöhe wird Karlsruher Altersheim

Der Karlsruher Stadtrat beschloß einstimmig, die Wilhelmshöhe von der Stadt Ettlingen für 20 Jahre zu mieten und als Altersheim einzurichten.

Aus dem Albgau

Bruchhausen berichtet

Schwerer Unfall durch platzenden Reifen Bruchhausen. In einem landwirtschaftlichen Betrieb wurde ein Arbeiter beim Wechsel eines Traktorenreifens schwer verletzt.

Bujenbad

Junger Erdenbürger mit Musik begrüßt Busenbach. Anlässlich der Rückkehr von Frau Theresia Rau (Inhaberin der Firma Theresia Rau, Damenoberbekleidung) aus der Klinik...

Neues aus Langensteinbach

Sommerfest der Körperbeschäftigten Langensteinbach. Am vergangenen Sonntag war um die St. Barbarakapelle wieder reges Leben zu verzeichnen.

Festes floß den Kriegerwitwen und Hinterbliebenen zu.

Kampf dem nassen Tod

Langensteinbach. So lautet die Parole der Deutschen Lebensrettungs-Schwimmer. Am kommenden Sonntag veranstalten bei günstiger Witterung die Karlsruher Lebensretter im hiesigen Waldschwimmbad ein Schwimmfest.

Reichenbach

Gartenfest des Verkehrsvereins Reichenbach. Am letzten Sonntag hielt der jüngste der hiesigen Vereine, der Verkehrsverein, sein Gartenfest ab.

Meldung aus Schielberg

Schulentslassungsfeier Schielberg. Nachdem am Sonntag, 29. Juli, die kirchliche Schulentslassung vorgenommen wurde, fand am letzten Samstagvormittag im Beisein von Pfarrer Krämer...

statt. Die Feier stand im Zeichen des 125. Todestages des Dichters Josef Viktor von Scheffel. Neben Gesang, dem Vortrag von Gedichten und Rezitationen erfolgte die Ansprache von Schulleiter Kunz...

Am vergangenen Sonntag hielt der Gesangsverein „Einheit“ sein Gartenfest ab. Obwohl es am Vormittag noch strichweise geregnet hat, meinte es der Wettergott gnädig; es gab schönes Wetter...

Bericht aus Speffart

Gartenfest des Gesangsvereins „Germania“ Speffart. Das Gartenfest des genannten Vereins konnte am Sonntag dank dem Einsehen des Wettergottes glatt vonstatten gehen. Zahlreich waren die Gäste erschienen.

vereins, verbunden mit Sportfest am 25. Aug. Geburtstage. Am 4. Aug. wurde Rosa Weber, Hauptstr. 2, 71 Jahre alt. Die Jubilarin war viele Jahrzehnte in hiesiger Gemeinde als Krankenschwester tätig.

Mit der EZ nach Wildbad

Nachdem für das Wochenende alle Anzeichen einer Wetterbesserung vorhanden sind, ist anzunehmen, daß die Einzelbeleuchtung in Wildbad am Samstag abgehalten werden kann.

Dienstbereitschaft der Ettliger Apotheken

Nachtdienst vom 12. 8. - 18. 8. Stadt-Apotheke Sonntagsdienst am 12. 8. Stadt-Apotheke

Ärztlicher Sonntagsdienst

für Sonntag, den 12. August: Dr. Bauer, Ettlingen, Wilhelmstr. 21 Tel. 492

Wasserwärme der Badenanstalt Ettlingen vorm 10 Uhr +18°

Rheinwasserstand am 9. 8.: Konstanz 446 (+15) Breisach 310 (+48) Straßburg 342 (+17) Maxau 502 (+6) Mannheim 371 (+6) Caub 252 (+1)

Wettervorhersage

Am Freitag bei wechselnder Bewölkung und mäßigen Winden aus Nordwest bis West nur noch einzelne Schauer. Höchsttemperaturen 20 bis 22 Grad. Am Samstag zeitweise heiter und Erwärmung bis gegen 25 Grad.

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Advertisement for CICHON featuring various food items like 'In frische Fetthücklinge', 'Holländer Blockkäse', and 'Schöne Salatgurken' with prices.

Advertisement for Drogerie R. Chemnitz featuring 'Herbstaussaat' and 'Mietzinsbuch'.

Advertisement for BADENIA-PUTZOEL, a cleaning product.

Advertisement for Badenia-Drogerie featuring 'Der Kenner lobt, der Zweifler probt'.

Advertisement for BADENIA-PUTZOEL, a cleaning product.

Advertisement for Badenia-Drogerie featuring 'das angenehm riechende Reinigungsmittel'.

Advertisement for RATTEN (Raxon) featuring an illustration of a rat and text about its effectiveness.

Advertisement for Badenia-Drogerie featuring 'R. Chemnitz, Leopoldstraße 7'.

Advertisement for FRANCK featuring an illustration of a coffee cup and text 'SEIT 1848 UND JE FÜR EINE FEURIGE TASSE KAFFEE!'.

Advertisement for Beinschäden featuring text 'Beinschäden, oft. Folge. Flechten, Furunkel...'.

Advertisement for CAPITOL featuring 'Die schwarze Füchsin' and 'Bambi'.

Advertisement for ULI featuring 'Um eine Nasenlänge'.

Advertisement for BEKANNTMACHUNGEN featuring 'Die Rentenerhöhungen'.

Advertisement for PETRIN featuring 'schmerzfreie kritische Tage'.

Advertisement for Omnibus-Sonderfahrt der Ettliger Zeitung nach Wildbad.

Gottesdienst-Ordnung für die Pfarrgemeinde Herz-Jesu, listing services for August 12th and 13th.



### Umschau in Karlsruhe

#### Urabstimmung in den Milchbetrieben

Karlsruhe (Iwb). Die große Arbeitnehmer-Tarifkommission, in der sämtliche größeren Versorgungsbetriebe Südwestdeutschlands vertreten sind, hat in Karlsruhe im Einvernehmen mit dem Landesvorstand der Industriegewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten beschlossen, die landwirtschaftlichen Betriebe in Südwestdeutschland sofort zu einer Urabstimmung über eine Arbeitniederlegung aufzurufen. Die landwirtschaftlichen Gewerkschaften von Württemberg und Baden sowie der Milchwirtschaftliche Verein in Württemberg-Hohenzollern hatten es am Mittwoch abgelehnt, sich dem von württemberg-badischen Arbeitsschiedsverfahren zu unterwerfen.

#### In Bälde französische Truppen in Karlsruhe

Karlsruhe (Iwb/npd). Seit einiger Zeit hat ein Vorkommando französischer Soldaten die bisher von deutschen Dienststellen benutzte Grenadierkaserne belegt. Das Gebäude wird inzwischen neu hergerichtet. Als Anfang einer bald auch im Karlsruher Straßensystem häufiger auftretenden französischen Beschilderung weist vorläufig erst ein blauweiß-rot umrahmtes Schild nach dem Bureau de la Place. Wie verlautet, werden bereits in aller nächster Zeit die für Karlsruhe bestimmten französischen Truppenkontingente ihren Einzug in die seit Juli 1945 ausschließlich von amerikanischen Verbänden besetzte Stadt halten.

#### Kioskbesitzer auf dem Kriegspfad

Karlsruhe (Iwb). Der Verband der Karlsruher Kioskbesitzer will die vom Stadtrat getroffene Entscheidung über die Offenhaltung der Kioske an Sonn- und Feiertagen nicht anerkennen und die Angelegenheit vor das Verwaltungsgericht bringen. Der Stadtrat hatte beschlossen, daß Kioske, die an Werktagen ausschließlich alkoholfreie Getränke, Obst, Süßfrüchte, Tabakwaren und Speiseeis verkaufen, auf Antrag an Sonn- und Feiertagen von 13 bis 18 Uhr offenhalten dürfen.

#### Oberbürgermeister verkauft Lose

Karlsruhe (Iwb). Der Karlsruher Oberbürgermeister Töpfer, Bürgermeister Heurich und einige Stadträte werden am 19. August selbst Lose der Karlsruher Aufbau-Lotterie verkaufen. Der Reinerlös der Lotterie soll dem Badischen Staatstheater zum Bau von Werkstätten zur Verfügung gestellt werden. Ein Teil der Gelder soll für ein Altersheim verwendet werden.

#### Einbrecher besuchten Sommerschlussverkauf

Karlsruhe (Iwb). Bei einem Einbruch im Karlsruher Warenhaus „Union“ erbeuteten Täter über 1000 Paar Nylonstrümpfe, sowie rund 20 000 Mark. Mit der „eingekaufte“ Schlüsselfaßware gaben sie sich nicht zufrieden und plünderten auch noch eine Kasse aus, die sie des Wechselgeldes in Höhe von einigen hundert Mark beraubten. Am Tatort hinterließen sie überreichende „Andenken“. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

Karlsruhe (Iwb). Zwischen der Industriegewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten und den Vertretern der württemberg-badischen Brauereien wurde eine Lohnerhöhung um Brauereigerwerbe um fünf Prozent ab 1. August vereinbart. (Iwb)

#### Karlsruhe. Die älteste deutsche Melsterschule des Elektrohandwerks, die staatliche Melsterschule in Karlsruhe, kann ihr 25jähriges Bestehen feiern. (Iwb)

#### Das Badische Staatstheater wirbt

Das Badische Staatstheater veranstaltet am 25. August und am 1. September im Karlsruher Stadtgarten zwei große Werbeveranstaltungen. Dabei soll zum ersten Mal in Karlsruhe ein Großfeuerwerk abgebrannt werden.

werden. Personen aus Hastatt, Bruchsal, Bretten und Landau, die im Besitz einer Eintrittskarte für das Badische Staatstheater sind, gewährt die Bundesbahn künftig eine 50prozentige Fahrpreismäßigung.

### Aus der badischen Heimat

#### Pforzheimer wollen Bruchsal helfen

Pforzheim (Iwb). Pforzheimer Betriebe wollen Arbeitslose, vor allem Frauen, aus den Bezirken Philippsburg und Bruchsal beschäftigen. Dadurch soll die schwer zu beseitigende Arbeitslosigkeit dieser Gebiete gemindert werden. Um die hohen Fahrtkosten zu den Arbeitsplätzen erträglich zu machen, gewährt das Landesarbeitsamt während der Anlernzeit Sonderruschüsse in einer Höhe bis zu sieben DM je Person und Woche.

Pforzheim. Die Stadtwerke waren im vergangenen Rechnungsjahr trotz erhöhter Material- und Lohnkosten einen Reingewinn von rund 800 000 DM. Dies wurde durch Erhöhung der Gas-, Elektrizitäts-, Wasser- und Straßenbahntarife erreicht. (Iwb)

Ellmendingen, Kreis Pforzheim. Über dem Weinort Ellmendingen niedergegangene schwere Gewitter haben in den Obstanlagen und besonders in den Weinbergen erhebliche Schäden angerichtet. (Iwb)

#### Ein hartnäckiger Selbstmordkandidat

Birkenfeld bei Pforzheim (SWK). Mit dem Ruf „Ich bin verrückt“ zertrümmerte ein junger Mann in Birkenfeld unzählige Bierflaschen auf einem öffentlichen Platze. Am nächsten Tag löste er eine Fahrkarte und begab sich auf den Bahnsteig. Bei der Einfahrt des Zuges warf er sich plötzlich vor die Lokomotive. Man konnte den Lebensmüden, der auch schon vor einiger Zeit versucht hatte, sich an einem Fensterkreuz zu erhängen, noch rechtzeitig zurückziehen. Der hartnäckige Selbstmordkandidat leidet offensichtlich an Anfällen gestiger Umnachtung.

#### Beim Verladen von Baumstämmen getötet

Mannheim (Iwb). Im Mannheimer Industriehafen waren mehrere Arbeiter damit beschäftigt, schwere Baumstämme aus einem Schiff auszuladen und ans Ufer zu bringen. Als sie einen Stamm absetzten, gerieten die bereits gestapelten Stämme in Bewegung und röllten dem Wasser zu. Dabei wurde ein 36 Jahre alter Arbeiter mitgerissen. Er konnte nur noch tot aus dem Wasser geborgen werden, da er einen Schädelbruch erlitten hatte.

Mannheim. Ein 22 Jahre alter Zahnarzt-assistent aus Mannheim ist vom amerikanischen Distriktrichter wegen Waffenbesitzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hatte ein Pistole mit sechs Schuß Munition bei sich aufbewahrt. (Iwb)

## Kampf Landtag gegen Gross geht weiter

Wen bezeichnete Keil als „gesinnungslose Schwadronere“?

Stuttgart (Iwb). In der Kontroverse zwischen dem württemberg-badischen Landtag und dem amerikanischen Landeskommissar, General Gross, hat Landtagspräsident Keil in einem Schreiben an den Landeskommissar zu erläutern versucht, was er mit dem Ausdruck „gesinnungslose Schwadronere“ meint. Dieses Wort hatte Keil in Weinheim im Zusammenhang mit der Kontroverse über das Rundfunkgesetz gebraucht. In seinem Brief an General Gross betont Keil, er habe mit dem Ausdruck „gesinnungslose Schwadronere“ nicht die überparteilichen Kräfte im Rundfunk bezeichnet. Er müsse jedoch an seiner Äußerung festhalten, daß zur „demokratischen Erziehung des Volkes durch den Rundfunk gesinnungslose Schwadronere nicht geeignet sind“. Er meine damit, daß es bei der Auswahl der für die demokratische Erziehung Verantwortlichen nicht auf die unbedingte Zugehörigkeit zu einer Partei, sondern auf das unerschütterliche Bekenntnis zur demokratischen Staatsidee ankomme. Keil erklärte in seinem Brief ferner, das Ansehen des Landtags werde durch eine öffentliche Diskussion nicht gefährdet, wohl aber dadurch, wenn man einen Landtagsbeschluss als eine „arrogante Handlungsweise“ kennzeichne. Im übrigen zweifle er nicht daran, daß in einer mündlichen Aussprache mit General Gross Übereinstimmung über die Kernfrage des Streites erzielt werden könnte.

Mit diesem Brief beantwortete Keil ein Schreiben des Generals Gross, in dem dieser bemerkt hatte, die Haltung des Landtags in der Frage des Rundfunkgesetzes zeuge nicht von Diskussionsfreiheit.

#### Landesiedlungsamt wurde nicht aufgelöst

Stuttgart (Iwb). Das württemberg-badische Landwirtschaftsministerium stellt in einer Erklärung fest, daß das Landesiedlungsamt als die obere Siedlungsbehörde des Landes Württemberg-Baden entgegen der Behauptung einer in Bayern erscheinenden Zeitung nicht aufgelöst sei. Vielmehr seien Anfang dieses Jahres die obere Umlegungsbehörde und die obere Siedlungsbehörde zu einer Hauptabteilung des Landwirtschaftsministeriums vereinigt worden, da beide Behörden verwandte Aufgaben zu erfüllen hätten.

#### „Reicht das auch Ihnen, Herr Minister?“

Stuttgart (Iwb). „Zwölf Zentner nur, ja, das ist düster — reicht das auch Ihnen, Herr Minister?“ Transparente mit diesen und ähnlichen Versen werden von 120 Lastkraftwagen des Stuttgarter Kohlenhandels am kommenden Samstag nachmittag bei einer „Aufklärungsrundfahrt“ durch Stuttgart geführt werden. Der Kohlenhandel will der Bevölkerung mit dieser Demonstration zeigen, daß nicht er an der katastrophalen Versorgungslage schuld ist. Er hofft ferner, daß die Rundfahrt die Bonner Dienststellen veranlaßt, der Hausbrandversorgung künftig mehr Verständnis entgegenzubringen als bisher.

#### Verhandlung Kalbfell am 5. September

Tübingen (ZSH). Die Hauptverhandlung im Dienststrafverfahren gegen den Oberbürgermeister von Reutlingen, Kalbfell, findet am 5. September vor der Dienststrafkammer beim Landgericht Tübingen statt. Kalbfell wird bekanntlich vorgeworfen, er habe die Namen einiger Reutlinger Bürger, die Ende April 1945 als Geiseln von der französischen Truppe erschossen wurden, angegeben. Kalbfell hatte das Dienststrafverfahren selbst beantragt.

#### Gegen Gleichstellung der Rheinhäfen

Mainz (Id). Zur Frage der Umsatzsteuer-Gleichstellung der Rheinhäfen mit den deutschen Seehäfen wird gegenwärtig vom Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz eine Empfehlung an den Bund ausgearbeitet, welche die verschiedenen Auffassungen koordinieren soll. Eine Umsatzsteuer-Gleichstellung wird nicht befürwortet, da dies zwangsläufig zu einer Verlagerung der Einfuhren von den deutschen zu den niederländischen Seehäfen führen müßte. Auch würde, nach Ansicht der Hauptabteilung Verkehr, die deutsche Rheinschiffahrt von einer derartigen Verlagerung nur in geringem Umfang profitieren, da der Rheinfrachtraum unter niederländischer Flagge gegenwärtig noch erheblich über dem Frachtvolumen unter deutscher Flagge liegt. Das Landwirtschaftsministerium will daher an den sogenannten trockenen Grenzübergängen, insbesondere Schweiz, Österreich, Frankreich, die Errichtung von Freilagern ähnlich den Freihäfen empfehlen.

Eberbach. Der Stadtverwaltung in Eberbach ist es nach langwierigen Verhandlungen gelungen, die Finanzierung des Baus einer großen Landwirtschaftsschule zu sichern. Die Kosten werden auf etwa zwei Millionen Mark veranschlagt. (Iwb)

Freiburg. Eine Trachtengruppe aus dem Schwarzwald wird als deutsche Gastdelegation an dem 25jährigen Jubiläum der schweizerischen Trachtenvereingung am 8. und 9. September in Luzern teilnehmen. (Id)

#### Nervenschock bei einer Notschlachtung

Achern (Id). Die Ehefrau eines Landwirts in Wagsbühl erlitt einen Nervenschock, als eine Kuh notgeschlachtet werden mußte. Sie verbarg sich drei Tage auf dem Heustock und als man sie endlich fand, wollte sie entfliehen. Dabei stürzte sie vom Heuboden auf die Tonne und erlitt einen schweren Bruch der Wirbelsäule.

#### Tiefe Griffe in die Molkeerikasse

Waldkirch (Id). Wegen tiefer Griffe in die Kasse der Molkeerikasse Waldkirch wurden jetzt eine bei der Molkerie angestellte 37jährige Frau und ihr Ehemann zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Im ganzen hatte die Frau rund 9350 Mark an sich genommen und durch ausgeklügelte Buchfälschungen zu verdecken verstanden.

#### Zwischenfall am „Tag der Heimat“

Konstanz (Id). Zu einem Zwischenfall kam es, wie erst jetzt bekannt wird, am „Tag der Heimatvertriebenen“ in Konstanz, als der Abgeordnete Klummt (BHE) den Bundeskanzler ungewöhnlich scharf angriff. „Ist der Bundeskanzler schon so alt — ich meise nicht an Jahren, an Jahren ist er 75, ich meise am Geiste, daß er nicht erkennen kann, daß Deutschland nicht an der Elbe verteidigt werden kann?“ sagte Klummt, der aus einer deutschen Selbstverteidigung eine neue Kriegsgefahr kommen sieht. Der Konstanzer Oberbürgermeister Knapp, Bürgermeister Schneider und der Landrat von Konstanz verließen daraufhin die Versammlung, während der sozialdemokratische Bürgermeister Dießbach sitzenblieb. Als nach der Rede Klummts der Chor der Heimatvertriebenen die dritte Strophe des Deutschland-Liedes singen wollte, mußte man feststellen, daß die Stadtkapelle dem Beispiel der Stadtvorsteher gefolgt war. Die dritte Strophe des Deutschland-Liedes wurde daraufhin ohne Musikbegleitung gesungen.

### Aus den Nachbarländern

#### Vater und Sohn tot im Brunnschacht

Heilbronn (Iwb). Auf dem Werksgelände einer Heilbronner Marmorschleiferei war der 14 Jahre alte Sohn des Werkstatthalters in einen Schacht gestiegen, um festzustellen, ob man nicht aus dem Schacht Wasser für den Betrieb entnehmen könne. Dabei wurde er von aufsteigenden Gasen — der Schacht war jahrelang abgedeckt gewesen — betäubt. Der schwer herzkrankte Vater des Jungen versuchte nun, seinen Sohn zu bergen. Auch er fiel den giftigen Gasen zum Opfer. Erst einige Zeit später wurde der Unfall von der Tochter des Besitzers entdeckt. Die Feuerwehr konnte die beiden Verunglückten nur noch tot bergen.

#### Dieses Geld stank doch ...

Neckarsulm (Iwb). Die Grube der öffentlichen Abortanlage im Neckarsulmer Bahnhof wurde kürzlich leergepumpt, weil ein Besucher dieser Einrichtung seine Brieftasche mit einem erheblichen Bargeldbetrag und sämtlichen Personalpapieren verlor. Als man auch dann noch keine Spur von der vermißten Brieftasche entdeckte, stieg ein mutiger Mann mit einer Sauerstoffmaske hinunter, triumphierend hob er schließlich den gesuchten Gegenstand hoch. Der Besitzer der Brieftasche ließ den kühnen „Tauscher“ bei einem ausgiebigen kühlen Trunk, zu dem er ihn einlud, die anrühliche Angelegenheit vergessen.



Roman-Verlag Dötsch & Holl, München 15  
23. Fortsetzung

Er schlug ein bekanntes Sanatorium vor. Und — von Lonny, die sich immer mehr in das Herz der jungen Frau geschmeichelt hatte — begleitet, reiste sie eines Morgens ab.

Durchs blühende Land ging die Fahrt. Lächelnd hörte Edith auf das heitere Plaudern ihrer Begleiterin, die immer wieder von neuem eine Schönheit entdeckte.

Wohlig dehnte sich Edith in den Polstern. Alle Sorgen, alle Grübeleien fielen von ihr ab. Wie schön war doch die Welt! Und wie herrlich war es, zu leben! Sie sah das junge Mädchen an.

„Eigentlich gehörtest du mit zur Kurti“ kleine Lonny, sagte sie herzlich. „Du hast mich ja gesund gepflegt. Und nun sind deine Backchen ganz schmal und blaß geworden!“

Lonny Ebmeke winkte erschrocken ab. Nein! Sie mußte doch jetzt, da Onkel Ralf allein war, ihren Sekretariatsdienst endlich aufnehmen. Und sie würde ihm viel erzählen von der Reise, von all dem Schönen, was sie gesehen hatte. . . .

Da kämen die Gedanken wieder, wie seltsam doch ihre Ehe war!

In der Zeit ihrer Krankheit war Ralf warmer und herzlicher gewesen, sie hatte angenommen, er hätte ihr alles verziehen. Aber als sie gesundete, bemerkte sie, wie er ihr immer auswich.

In Gesellschaft anderer liebenswürdig und aufmerksam, wurde er finster und

schweigsam, sobald sich — selten genug — die Gelegenheit bot, mit ihr allein zu sein. Ob er nicht vergessen konnte?

Aber auch sie hatte sich geändert, das fühlte sie deutlich. War sie zuerst stolz und verletzend gewesen, dann bittend und bestrebt, ihr Vergehen gutzumachen, so erfaßte sie jetzt in seiner Gegenwart eine namenlose Scheu und Befangenheit. Sie, die Selbstsichere und Gewandte, konnte manchmal ihrem Manne nicht in die Augen sehen, ohne zu erröten.

15.

Heller, goldener Sonnenschein flutete auf den Balkon, warf seine glitzernden Strahlen über den festlich gedeckten Feiertisch im Schatten des großen Sonnenschirms, der vor allzu greller Wärme schützte. Seine roten Lichter spielten auf Edith Hartmanns schönem Gesicht.

Frau Nestrup führte die zarte Tasse mit dem eisgekühlten Getränk zum Munde, trank bebaglich und lehnte sich dann, eine Zigarette anzündend, zurück, ihre zierliche Gestalt verschwand fast in dem großen Sessel.

„Wirklich hübsch ist es hier bei dir, Edithchen! Und ich freue mich so, dich mal wieder zu sehen. Wie lange ist's her, daß wir uns nicht sahen?“

„Vier Monate, Olga!“

„Vier Monate“, wiederholte Olga Nestrup nachdenklich.

„Ja“, hub Edith dann wieder an. „Ich war ja fast vier Monate im Sanatorium von Dr. Hirschstein.“

„Und du bist wieder ganz gesund?“

„Vollkommen, ich war es schon nach einigen Wochen. Papa und Ralf aber bestanden darauf, daß ich längere Zeit blieb, um mich gänzlich auszukurieren.“

Eine Weile war es still zwischen den beiden Frauen. Olga Nestrup warf einen zärtlichen Blick auf die junge Frau, die ein Bild strahlender, blühender Gesundheit, im Sessel lehnte. Die Gestalt war ein wenig voller geworden, nur das schmale Gesicht war zart und länglich geblieben.

Und doch sah die Freundin deutlich einen schmerzlichen Zug um den feinen Mund der jungen Frau, es entging ihr nicht das unruhige Spiel der feinen Hände und eine leichte Trauer in den dunklen Augen verschwand nur in der heiteren, angeregten Unterhaltung.

„Und was sagst du zu dem traurigen Unglücksfall von Meta Santen?“

In das Gesicht der jungen Frau kam eine schwache Erregung.

„Man schrieb es mir“, sagte sie ernst. „Ist Meta denn wirklich sofort tot gewesen? Damals wollte man mich wohl nicht aufregen und schrieb mir nur das Nötigste. Auch ließ mich Dr. Hirschstein nicht zur Beerdigung fahren. Es war ein Autounfall, nicht wahr?“

Olga Nestrup erzählte, Meta Santen sei ja immer eine tollkühne Autofahrerin gewesen, der neue Wagen, den sie sich erst kurz vor dem Unglücksfall gekauft hatte, sei wohl nicht genügend eingefahren gewesen. Trotzdem hätte sie an einem Nachmittage eine Fahrt unternommen.

In rasender Fahrt sei ihr Wagen mit einem Motorrad zusammengeprallt und sie habe einen schweren Schädelbruch erlitten. Ihr Begleiter, ein junger Kammergerichtsreferendar — der letzte Flirt der unglücklichen Frau —, sei ebenfalls schwer verletzt worden und nach ein paar Tagen gestorben.

„Wir haben nicht sonderlich sympathisiert“, sagte Edith jetzt. „Aber einen solch schrecklichen Tod hätte ich Meta Santen nicht gegönnt. Und wie trägt es mein . . .“

Vetter? Ich habe ihn seit dem Unglück noch nicht wieder gesehen und erhielt nur auf unsere gemeinsame Kondolation eine Dankagung.“

Sie sagte das ganz ruhig. Keine Erregung war in ihrer Stimme. Nicht das entfernteste Gefühl, daß dieser Mann ihr einst so nahe gestanden, keine Saite rührte sich mehr in ihrem Herzen, nur die menschliche Teilnahme, die sie jedem Fremden erwies, konnte sie auch ihm beweisen.

„Er hat sich wohl schnell getrostet. Die Ehe soll sehr unglücklich gewesen sein. Doch will ich ihn nicht verurteilen. Man erzählt überall, daß er sich in manchem gewandelt habe. Augenblicklich arbeitet er, um seine lange Zeit so vernachlässigten Werke hochzubringen. Das ist trotz des großen Reichtums wohl keine leichte Aufgabe.“

Wieder war es eine Weile still. Olga Nestrup beobachtete Edith Hartmann scharf. Aber nichts regte sich auf dem Gesicht der jungen Frau.

Allerlei Gerüchte waren in letzter Zeit zu ihr gedrungen. Die Ehe des Paares sollte so seltsam sein. Jeder lebe streng für sich, man hatte sogar schon von einer Trennung gemunkelt.

Und in Verbindung damit war auch der Name Karl-Egon Santens gefallen; böse Zungen hatten schon davon geredet, daß früher doch wohl nähere Beziehungen zwischen Vetter und Kusine bestanden hätten. . . .

„Edithchen!“

Die junge Frau hob den Kopf. Die Stimme der älteren Freundin hatte so besorgt und eindringlich geklungen.

„Wirst du mir eine Frage beantworten, wirst du es mir nicht verübeln, wenn ich dich ganz offen frage?“

Fortsetzung folgt.